

Aufruf zur Demonstration **Gegen Umgründung der Stadtwerke!** **Gegen Fahrpreiserhöhung!**

Morgen soll in der STADTRATSSITZUNG die 'UMGRÜNDUNG' der Stadtwerke über die Bühne gehen. Die Stadtwerke sollen zu einer Privatgesellschaft umgewandelt, und die THÜRINGER GAS (mehrheitlich im Besitz der PREUSSAG) soll Gesellschafter werden. 18 Millionen zahlt die Thüringer Gas ein - und erhält dafür prozentuale Beteiligung am Mehrumsatz und, unabhängig von der Ertragslage, einen jährlich garantierten Gewinnanteil. Die 'umgründung' wird zu verschärften Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Verkehrs- und Versorgungsarbeiter und zu weiteren Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen benutzt werden.

Am 11. April sollen die Fahrpreise um durchschnittlich 34 % erhöht werden. Und Stadtkämmerer Bernauer kündigte schon die Erhöhung der Gebühren für Kindergarten, Freibäder, Friedhof usw. an.

GEGEN LOHNRAUB UND PREISTREIBEREI!

Preistreibereien und Mietwucher auf der einen Seite, ständige Verschärfung der Ausbeutung unserer Arbeitskraft auf der anderen Seite: das sind die beiden Hebel einer Zange, mit der die Kapitalistenklasse und ihr Staat uns auspresst. Aber wie ist diese Flut von Steuer, Gebühren- und Fahrpreiserhöhungen nicht nur in Freiburg, sondern in der ganzen BRD und Westberlin zu erklären?

Weil der Griff der Kapitalisten nach den Steuergeldern der Werktätigen noch stärker geworden ist. Weil die westdeutsche Kapitalistenklasse im verschärften imperialistischen Kampf um die Märkte ihre Stellung zumindest behaupten will, weil die westdeutschen Monopole trotz herannahender Krise, deren ständige Wiederkehr im Kapitalismus unvermeidlich ist, ihre Machtpositionen ausbauen wollen. Deshalb setzt die westdeutsche Kapitalistenklasse an allen Fronten zum Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse an. Deshalb preßt der Staat, der immer die Interessen der herrschenden Klasse organisiert und vertritt, immer mehr aus uns raus, um es den Monopolen durch Steuererleichterungen, Subventionen, Eventualhaushalte u.ä. zukommen zu lassen.

Die Energiekonzerne wie Badenwerk, Preußag und Thüringer Gas haben die höchsten Profiteure, die dicksten Dividenden. Diese Profite der Zuliefererkonzerne sollen durch die Beteiligung der Thüringer Gas, durch die folgenden Fahrpreiserhöhungen und Erhöhungen der Haushaltstarife erhalten und noch ausgebaut werden. Uns, der arbeitenden Bevölkerung, wird dauernd vorgeschwatzt, daß die Umgründung und die Fahrpreiserhöhung notwendig sei, um die riesigen Defizite der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe abzutragen. Was uns aber die Herren von der Stadtverwaltung usw. verschweigen: diese Defizite, 1971 cirka 900 Millionen Mark für die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe, tauchen bei den Monopolen als Profite auf! Wir sollen mehr schuften und mehr blechen, damit die Monopolprofite stimmen - auf das läuft alles hinaus! Für uns kann es nur eins geben: ein klares NEIN zur Umgründung der Stadtwerke, zur verschärften Arbeitshetze für die Stadtwerksbeschäftigten, ein klares NEIN zu jeder Fahrpreis- und Gebührenerhöhung!

DEMONSTRATION - Dienstag 21.3. - 17⁰⁰ anschl. Kundgebung Münsterplatz Münsterplatz

Seit Wochen diskutierte die Gewerkschaftsjugend die Umgründung der Stadtwerke und die Fahrpreiserhöhungen. In allen Gruppen wurden Resolutionen gefaßt, die ein klares Nein enthielten. In Flugblättern und einer öffentlichen Versammlung letzten Freitag abend (80-100 Anwesende), erklärte die Gewerkschaftsjugend:

Diese Maßnahmen verstoßen gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung!
Es ist unsere Pflicht, den Widerstand dagegen zu organisieren.

Der DGB Freiburg, von allem informiert, ließ sich die ganze Zeit über nicht in der Öffentlichkeit vernehmen. Doch plötzlich letzten Dienstag, tauchte eine unverschämte Presseerklärung in der Badischen Zeitung auf, in der die Gewerkschaftsjugendlichen, genau wie letzten 1. Mai, als Strohpuppen irgendwelcher Hintermänner diffamiert wurden. Der DGB erklärte, mit der öffentlichen Protestkundgebung der Gewerkschaftsjugend nichts zu tun zu haben. Daß die Herren Jorzig (DGB Kreisvorsitzender, SPD Stadtrat), Schnabel (Betriebsratsvorsitzender bei der Rhodia, Aufsichtsrat, SPD Stadtrat) und Hellinger (Betriebsratsvorsitzender bei ITT), sowie Haas (DGB Rechtssekretär, Stellvertreter Jorzigs, CDU Stadtrat) - um nur einige dieser Herren zu nennen - nichts, aber auch gar nichts mit der Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten zu tun haben, das wissen wir zu Genüge! Deshalb auch immer die wütenden Angriffe gegen die Kommunisten.

Kurzfristig angesetzt und 'zufällig' gleichzeitig mit der öffentlichen Versammlung der Gewerkschaftsjugend, fand letzten Freitag abend eine erweiterte Kreisvorsitzsitzung des DGB Freiburg zum Thema Umgründung statt. Alle, die noch irgendwelche Illusionen über die 'Bekehrbarkeit' dieser bürgerlichen 'Gewerkschafter' hatten, wurden an diesem Abend eines Besseren belehrt.

Versammlungsleiter Haas stellte zunächst klar, daß die Anwesenden überhaupt nichts beschließen könnten. Die Stadträte würden allein ihrem Gewissen folgen! Dann behämmerten Haas und Schnabel die Anwesenden 50 Minuten lang mit dem aus zahlreichen Zeitungsanzeigen bekannten Standpunkt der Stadtverwaltung. Schnabel, der noch vor wenigen Wochen in der Badischen Zeitung sich gegen die Umgründung aussprach, erklärte sich nun plötzlich für bekehrt, eine 150 seitige Analyse habe ihn überzeugt. Haas fügte später hinzu, daß das Thema Umgründung so kompliziert sei, daß das einfache Volk davon nichts verstehen könne! Jedenfalls haben Schnabel und Haas gezeigt, daß sie vom Geschäft der Kapitalistenklasse sehr viel verstehen!

Die anwesenden Personalräte der Stadtwerksbeschäftigten, Arbeiter und Angestellte, sprachen sich alle gegen die Umgründung aus. Stimmen gegen die Umgründung wurden laut: Beschäftigte bei den E-Werken, Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherung. Als deutlich wurde, daß die Gewerkschaftsjugend keineswegs allein stand, sondern die meisten der anwesenden Kollegen, vor allem die von den Stadtwerken mitzogen, arbeiteten Haas, Schnabel und Hellinger mit allen Mitteln. Als zum Beispiel ein cirka 60jähriger Arbeiter aufstand und sagte, die Gewerkschaftsjugend habe recht, wenn die Jugend vor 1933 auch so aktiv gewesen wäre, wäre es nie so weit gekommen und dann auch die Erklärung des DGB in der Zeitung angriff, entzog Versammlungsleiter Haas diesem Kollegen das Wort. Begründung: Die Gewerkschaftsjugend stehe "nicht auf der Tagesordnung", das würde ein gesondertes "Nachspiel" haben. Als demselben Kollegen direkt darauf ein zweites mal das Wort entzogen wurde, setzte er sich kopfschüttelnd wieder nieder. Als der Vertreter der ÖTV-Jugend eine Resolution verlesen wollte, wurde ihm mit derselben Begründung mehrfach das Wort entzogen. Jeder Diskussionsbeitrag in Richtung Gewerkschaftsjugend wurde untersegt. Hellinger (ITT) erlaubte sich sogar die Unverschämtheit zu behaupten, eine IG METALL JUGEND gebe es überhaupt nicht.

Trotz aller Demagogie und offener Meinungsunterdrückung ließen sich die meisten der anwesenden Kollegen nicht überfahren. Abgestimmt werden durfte ja nicht, aber die eindeutige Stimmung der Mehrheit war gegen Umgründung, gegen Fahrpreiserhöhung. Deshalb konnte sich schließlich auch der DGB Kreisvorsitzende Jorzig nicht mehr vom Vorgehen der Gewerkschaftsjugend distanzieren. Jorzig erklärte zum Schluß, daß die Jugend die Demonstration und Kundgebung veranstalten könne, und der DGB nichts dagegen unternehmen werde.